

AUSSENPOLITIK

BRD

(1) Chinesisches Generalkonsulat in Westberlin?

Beim Westberliner Senat hält man es nicht für ausgeschlossen, daß sich China mit der Absicht trägt, in Westberlin ein Generalkonsulat einzurichten (Die Welt 14.8.73).

Wie der neue chinesische Botschafter, Wang Yü-t'ien, mit seiner protokollgemäßen "Visitenkartenaktion" bewiesen hat (vgl. C.a. 73/8 Ü-1), anerkennt China Westberlin als Teil der diplomatischen Infrastruktur der BRD.

2) Moskau wirft der VRCh Kooperation mit der deutschen Rechtspresse vor

"Zu den Versuchen Pekings, eine Interessenachse Peking - Rechtskräfte der BRD zu schaffen, gehört u.a. die Tatsache, daß Jen'min jih-pao und die Nachrichtenagentur Hsinhua in den letzten Monaten systematisch und mit Genugtuung Äußerungen der rechten Presse der BRD gegen die Gesamteuropäische Konferenz, gegen das sowjetisch-amerikanische Abkommen über die Verhütung eines Nuklearkrieges und gegen die Reduzierung der Truppen und Rüstungen in Europa bringen?"

Die Rechtspresse der BRD druckt wiederum voller Sympathie Mitteilungen und Kommentare der Mao-Propaganda gegen die Gesamteuropäische Konferenz und für die militärischen Vorbereitungen in der NATO, wobei sie sicherlich gleichfalls eine Interessenachse mit Peking anstrebt (Radio Moskau 27.7.73 in MD Allgem. Teil, 31.7.73, S.3f.)

3) Hsinhua: Kapitalkonzentration und Kapitalexport der BRD

Kritisch, wenn auch unpolemisch, bringt Hsinhua (NCNA 15.8.73) einen Bericht über verstärkte Kapitalkonzentration in der BRD und beruft sich dabei auf Aussagen Eberhard Günters, des Präsidenten des Bundeskartellamtes, der erklärt habe, daß sich der Prozeß der Kapitalkonzentration in der westdeutschen Wirtschaft in der ersten Hälfte des Jahres 1973 aufgrund der Fusion von nicht weniger als 159 Unternehmen weiter fortgesetzt habe Zwei Unternehmen mit einem Jahresumsatz von 1 Mrd. DM seien an 12 Fusionen beteiligt gewesen Auch der westdeutsche Kapitalexport nehme zu. Die vom Bundeswirtschaftsministerium veröffentlichten Statistiken zeigten, daß die direkten Investitionen im Ausland während des ersten Quartals 1973 die Rekordhöhe von 2,2 Mrd. DM netto erreicht hätten, also bereits 80 % der gesamten Auslandsinvestitionen des Jahres 1972. Die Investitionen in den Entwicklungsländern seien von 2,13 Mrd. DM auf 5,65 Mrd. DM emporgeschnellt. Dies bedeute eine Zunahme von rd. 150 %.

4) Hsinhua zitiert General Steinhoffs Warnungen vor einer sowjetischen Rüstungsexpansion

NCNA (9.8.73) zitiert ein Interview von Johannes Steinhoff, dem Vorsitzenden des Militärausschusses der NATO und ehemaligen westdeutschen Generalinspekteur der Luftwaffe in

der halbamtlichen westdeutschen Zeitschrift "Verteidigungspolitische Informationen", in dem Steinhoff ausführt, daß die Sowjetunion "zungenfertig von Entspannung spreche, gleichzeitig aber ihre Politik der Rüstungsexpansion und Kriegsvorbereitung fortsetze Der NATO-Militärausschufsvorsitzende führte weiter aus, daß es bedauerlich sei, daß gegenwärtig Illusionen irgendeiner Art bestehen Dies ist jedoch eine Selbsttäuschung, erklärte er warnend".

5) Hsinhua : Streik in Westdeutschland

Hsinhua (25.8.73) meldet aus Bonn, daß "ungefähr 34 000 Metallarbeiter im Ruhrgebiet in spontanen Streiks gegen die Verluste, die sie wegen der Inflation erlitten haben, und die ungerechtfertigte Ablehnung ihrer Forderung nach Lohnerhöhung protestieren. Die Arbeiter streiken seit zweieinhalb Wochen trotz einer Einigung, die zwischen Gewerkschaftsführern und den Kapitalisten über Löhne und Arbeitsbedingungen erzielt wurde. Bestreikt werden 10 Gesellschaften, unter ihnen die Opel Autowerke Die Besitzer dieser Gesellschaften haben jedoch die berechtigte Forderung der Arbeiter unter dem Vorwand der Aufrechterhaltung der "Wirtschaftsstabilität" zurückgewiesen. Seit Anfang dieses Jahres sind die Preise infolge der anhaltenden Inflation in Westdeutschland ständig gestiegen. Die Lebenshaltungskosten waren im Juni ds. Js. um 7,9 % höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, was einen Rekord in den vergangenen 22 Jahren bedeutet. Gleichzeitig ist die Kaufkraft der westdeutschen Markt auf das niedrigste Niveau in 25 Jahren gesunken. Das Münchner Wirtschaftsforschungsinstitut prophezeigte am 23.8., daß das Tempo des Preisanstieges in der zweiten Jahreshälfte das der ersten Jahreshälfte übertreffen werde".

DDR

6) Neuer DDR-Botschafter in China

Am 18.8. traf der "Außerordentliche und Bevollmächtigte" neue Botschafter der DDR in der VRCh, Johann Wittik, auf dem Luftwege in Peking ein" (NCNA 18.8.73).

(Zum programmatischen China-Kurs der DDR vgl. C.a.1973/7 Ü-4).

7) Beileidsbotschaft zum Tode Ulbrichts

Das Ständige Komitee des Nationalen Volkskongresses der VRCh übersandte am 6.8. dem Staatsrat der DDR zum Ableben Walter Ulbrichts eine Beileidsbotschaft mit folgendem Wortlaut: "An den Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin. Erschüttert über die Nachricht vom Ableben des Vorsitzenden des Staatsrats der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, möchten wir unser Beileid ausdrücken. Ständiges Komitee des Nationalen Volkskongresses der VR China, Peking, 6.8.1973" (NCNA 6.8.73).

Vergleicht man diese Botschaft mit den Beileidskundgebungen für einen anderen Revolutionär, etwa Ho Chi Minh, so wird deutlich, daß hier eine an Kühle kaum noch zu unterbietende bloße Formalität eingehalten wurde.

Am 7.8. begaben sich der Stellvertretende Ministerpräsident Li Hsien-nien und der Stellvertretende Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, Kuo Mo-jo,

in die Botschaft der DDR in Peking, um ihr Beileid zum Tode des Staatsratsvorsitzenden auszusprechen. Außerdem sandten der Amtierende Präsident der VRCh, Tung Pi-wu, der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, Chu Teh, Ministerpräsident Chou En-lai und das Außenministerium der VRCh der Botschaft Kränze zu. Unter den Trauergästen befanden sich auch führende Mitglieder von Ministerien, des Revolutionskomitees der Stadt Peking, des Verbandes für Freundschaft mit dem Ausland und anderer Institutionen (NCNA 7.8.73).

8) China und die Weltfestspiele der Jugend in Ostberlin

Am 9.8. brachte Radio Moskau in Mandarin eine scharfe Attacke wegen der Pekinger Weltfestspiele-Politik: "Die Maoisten haben diese Festspiele nicht nur nicht unterstützt, sondern sie haben der chinesischen Jugend außerdem verboten, an diesen Festspielen teilzunehmen. Darüber hinaus haben sie chinesischen Informationsorganisationen untersagt, die Festspiele in irgendeiner Weise zu erwähnen. Zusätzlich hatten die Pekinger Obergkeiten ihren Agenten in Westberlin empfohlen, einen Unterwanderungsversuch der Festspiele vorzunehmen. Während der Abschluszeremonie der 10. Weltjugend- und Studentenfestspiele versammelten sich Mitglieder der "Kommunistischen Partei Deutschlands" (KPD), einer pro Peking eingestellten Splittergruppe, in einer Bar in Westberlin. Auf dieser Versammlung bezeichnete man die Jugend- und Studentenfestspiele als eine Farce. Außerdem griffen diese Leute das demokratische Deutschland, die Sowjetunion und andere Mitgliedsstaaten der sozialistischen Gemeinschaft wütend an Dies ist ein erneuter Beweis dafür, daß die maoistische Führungselite und ihre ausländischen Agenten dabei sind, ein Bündnis mit den imperialistischen Kräften, den reaktionären Kräften und denen, die auf eine Fortsetzung des Kalten Krieges hoffen, mit der Absicht einzugehen, ein Nachlassen der Weltspannung zu verhindern und die Einheit der demokratischen Kräfte zu unterwandern" (zitiert in MD, deutscher Teil, 10.8.73, S.5).

WESTEUROPA

9) Chou En-lai im Gespräch mit holländischen Abgeordneten

Der chinesische Ministerpräsident erklärte gegenüber einer Delegation niederländischer Parlamentarier, die sich im August in Peking aufhielt, Den Haag täte gut daran, an den Verhandlungen über eine Truppenverminderung in Zentraleuropa nicht teilzunehmen. Europa dürfe in den Entspannungsprozess zwischen Washington und Moskau nicht allzu viel Vertrauen setzen. Für die westeuropäischen Länder sei es ratsam, auf dem Wege zum politischen Zusammenschluß weiterzugehen und die militärische Bewaffnung zu stärken.

China selbst sei auf alle Möglichkeiten vorbereitet. Dies sei umso wichtiger, als die USA und die Sowjetunion ständig ihre Rüstungen verstärkten und nunmehr zum erstenmal in der Geschichte sowjetische Kriegsschiffe sogar den Seeweg zwischen Japan und China durchfahren hätten. Auch auf die SALT-Gespräche über die Begrenzung nuklearer Waffen

dürfe man kaum Hoffnungen setzen; denn die Produktion von Kernwaffen werde von Washington und Moskau fortgesetzt (zitiert nach niederländischen Quellen in FAZ 24.8.73)

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

Seit zwei Monaten läuft die sino-sowjetische Polemik erneut auf Hochtouren. Noch nie waren die gegenseitigen Vorwürfe so konkret wie in den derzeitigen Äußerungen.

Nachfolgend fünf hervorsteckende Nachrichten aus diesem Themenkreis:

10) Sowjetische Präventivkriegspläne ?

In der Sowjetunion zirkulieren Gerüchte über einen möglichen sowjetischen Präventivkrieg gegen die VRCh. Der "Daily Telegraph" veröffentlichte entsprechende Hinweise, die in Form eines Dokumentes einem deutschen Touristen in Leningrad ausgehändigt wurden und ihren Weg zur Emigrantenzeitung "Possev" (Aussaat) in Frankfurt a.M. fanden, wo sie unter dem Verfasser-Pseudonym "Andrej Samochin" am 1.9. veröffentlicht werden sollen.

"Ein Krieg mit China, ein blutiger siegreicher Krieg mit gewaltigen Verlusten an Menschenleben ist heute das nachdrücklichste und vorrangigste außenpolitische Ziel der sowjetischen Regierung", heißt es in der Schrift. "Es wird alles getan, um das Heraufziehen des Krieges zu verschleiern; aber der Krieg rückt ständig näher, und er lastet auf uns wie das heraufziehende Gewitter eines Sommertages. Er hängt über uns wie eine schwarze Wolke".

Der Verfasser des Dokumentes, der sich hinter dem Pseudonym verbirgt und der angeblich Zugang zu den maßgebenden Dokumenten hat, zählt einige Maßnahmen der sowjetischen Armee auf, die auf ein großangelegtes Angriffsvorhaben hinweisen könnten:

- sowjetische Truppenkonzentrationen entlang der Grenze zur Äußeren Mongolei, nur rd. 650 km von Peking entfernt, sowie die Stationierung von Kampftruppen, bestehend aus Marineinfanteristen und raketenbestückten Panzern entlang der koreanischen Grenze. Allein in diesem Abschnitt seien acht Panzerdivisionen konzentriert.
- Erwähnt wird ferner die sowjetische Flottenkonzentration im Indischen Ozean. Bis zum kommenden Frühjahr sollen mehr als 50 sowjetische Kriegsschiffe vom Mittelmeer dorthin verlegt werden.
- Reisesperren für die Fernostgebiete und für die an China angrenzenden Gebiete der Sowjetunion. Sowjetbürger dürfen nur mit Sonderpässen in diese Gebiete reisen.
- umfassende Waffensuchaktionen in den Sperrgebieten.
- Schaffung von Lebensmitteldépôts in den kritischen Zonen und Bereitstellung von Lastkraftwagen, da das Eisenbahnnetz der Mongolei und der chinesischen Provinz Sinkiang unzureichend ist.
- Aufbau größerer Industrie- und Rüstungskomplexe hinter den Aufmarschgebieten.
- Geheimanweisungen an die Politoffiziere in allen Militäreinheiten, ein chinesisches "Feindbild" aufzubauen, m.a.W. also verstärkte antichinesische Propaganda in den Kreisen der

Partei und der Armee (Daily Telegraph 9.8.73).

11) Breschnew zur China-Frage und zum Kollektiven Sicherheitssystem

Auszug aus der Rede des sowjetischen Parteichefs in Alma Ata: "Wir haben alles in unserer Macht Stehende getan, um die sowjetisch-chinesischen Beziehungen zu normalisieren. Leider war es unmöglich, wesentliche Fortschritte in dieser Richtung zu erzielen. Der einzige Grund hierfür ist die Politik der chinesischen Führung, die sich auf wütenden Antisowjetismus und subversive Aktivität gegen die sozialistischen Länder gründet. Eine Wendung zum Besseren ist in den Beziehungen zwischen der VRCh und der Sowjetunion sowie anderen sozialistischen Ländern nur möglich, wenn die chinesische Führung die Prinzipien der gegenseitigen Respektierung der Souveränität und Nichteinmischung in innere Angelegenheiten anerkennt und die Übergriffe gegen die Interessen der sozialistischen Staaten aufgibt. Genossen, wenn wir uns die Aufgabe stellen, die Entspannungszone auf die ganze Welt auszudehnen, so halten wir es für wichtig, daß in diesen Prozessen Asien in breiter Front einbezogen wird zumal ja unser Land zu zwei Dritteln in Asien gelegen ist Die Sowjetunion ist fest davon überzeugt, daß Asien nach den Gesetzen des Friedens leben kann und soll, und ein realer Weg dahin ist die kollektive Sicherheit Wir haben wiederholt gesagt und wiederholen es von neuem: Die Sowjetunion ist ein Anhänger der gleichberechtigten Beteiligung aller asiatischen Länder ohne Ausnahme am System der kollektiven Sicherheit Wir schlagen vor, das System der kollektiven Sicherheit nicht auf einer leeren Stelle zu bauen. Viele Prinzipien, auf denen es sich gründen könnte, wurden in den historischen Beschlüssen der Bandung-Konferenz verkündet. Andere spiegeln sich in einer Anzahl internationaler, Asien betreffender Dokumente wider. Unsere Politik ist auf die Entwicklung normaler und gutnachbarlicher Beziehungen mit allen asiatischen Ländern gerichtet, die dies ihrerseits wünschen. In diesem Plane messen wir dem Zustandekommen einer breiten und multilateralen Zusammenarbeit mit einem so großen asiatischen Lande wie Japan auf gegenseitig vorteilhafter Grundlage große Bedeutung bei" (Radio Moskau 15.8.73; vgl. in diesem Heft Ü 15).

Wie gut die Sowjetunion mit anderen asiatischen Ländern zusammenarbeiten könne, habe u.a. ihr Verhältnis zur Mongolei, dem Iran, Afghanistan und der Türkei bewiesen.

Die Rede war vermutlich nur an einheimische Verbraucher gerichtet; denn Breschnew weiß sehr wohl, daß China den Plan einer Sicherheitszone energisch ablehnt. Dieser erstmals 1969 verkündete Plan gilt in Peking als Instrument zur Einkreisung und Eindämmung Chinas, sowie als eine Art Gefängnis für weitere Aufrüstung und für solche außenpolitischen Aktionen, die mit den Interessen der Sowjetunion nicht in Übereinstimmung zu bringen sind. Ein Einfrieren der Rüstungen insbesondere würde dazu führen, daß die Sowjetunion mit ihrem erdrückenden Potential auch politisch in Asien immer mehr die Oberhand über China bekäme.

12) Moskau wirbt um Siedler entlang der chinesischen Grenze

Ein neues Dekret der sowjetischen Regierung vom 31.5.73

das in der Nummer 13 der Dekrete-Sammlung der sowjetischen Regierung erschienen ist, setzt die materiellen Anreize für Siedler fest, die gewillt sind, sich in Chabarowsk und in den fernöstlichen maritimen Regionen sowie in den Provinzen Amur und Chita festzusetzen. In Kasachstan wurde die Zone für die "Vorzugsbehandlung" auf 200 km Tiefe - gemessen von der chinesischen Grenze ab - festgesetzt.

Siedler, die sich in diesen immer noch stark unterbevölkerten Regionen niederlassen wollen, erhalten Eigenheimkredite in der Höhe bis zu 6000 Rubel - eine Summe, von der nur ein Drittel individuell zurückgezahlt werden muß. Ein weiteres Drittel wird aus dem Regierungsbudget finanziert, und das restliche Drittel geht auf Kosten des Kollektivs oder der Staatsfarm, in deren Bereich der Neuankömmling sich niederläßt. Darüber hinaus wird dem Siedler eine Pauschalsumme ausgezahlt, die sich für Familienväter auf 200 Rubel und für jedes weitere Familienmitglied auf 75 Rubel beläuft. Auch werden großzügige Urlaubsregelungen festgesetzt (Näheres IHT 6.8.73).

13) Invektiven gegen die Sowjetunion

a. Waffenhandel: Peking wirft den USA und der Sowjetunion vor, daß sie in den zehn Jahren von 1961 bis 1971 Waffen im Werte von 22,7 Mrd. US \$ (USA) bzw. von 14,7 Mrd. US \$ (Sowjetunion) exportiert hätten. Die gesamten Exporte dieser beiden Lieferanten machten etwa 80 % des Weltmarktes an Waffen aus. Insbesondere hätten sich die Länder des Nahen Ostens als dankbare Märkte für "solch menschenötende Dinge" erwiesen (PRu 1973, Nr.30, S.22).

b. Victor Louis in Israel: Victor Louis, ein Mann mit vielen Decknamen, der wie ein Irrlicht einmal hier und einmal dort auftauche - und der übrigens bereits auch in Taiwan vorgespochen hat - war am 12.6.73 in Israel. Louis sei der Deckname von Vitaly Jewgenjewitsch, einem 45 Jahre alten sowjetischen reichen Juden, der als Resultat seiner bemerkenswerten Karriere für einen normalen Russen unvorstellbare Privilegien genieße. Er sei wahrscheinlich ein Agent der sowjetischen Geheimpolizei und der Spionageorganisation KGB (Staatliches Sicherheitskomitee). Louis sei schon einmal - 1971 - in Israel gewesen - unter dem Vorwand, "an einem Hexenschuß zu leiden" und "eine gründliche medizinische Untersuchung zu benötigen". Was den Zweck des neuerlichen Besuches in Israel anbetreffe, so gebe es nur zwei Möglichkeiten: Entweder sei der Besuch ein Glied in der Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Israel, oder dieser Besuch stelle eine Drohung gegen die arabischen Länder dar (PRu 1973, Nr.30, S.23).

14) NCNA zum 5. Jahrestag des Überfalls auf Prag

NCNA (20.8.73) verurteilt anlässlich des fünften Jahrestages der sowjetischen Intervention in der Tschechoslowakei am 21.8.68 die "permanente Besetzung" der Tschechoslowakei und wirft Moskau vor, das Land als eine sowjetische Kolonie zu betrachten. Die Sowjetunion gleite mehr und mehr in den "Sozialimperialismus" hinein und "verfolgt eine Hegemonie- und Machtpolitik bei ihren Bemühungen, ihr Kolonialsystem aufrechtzuerhalten Die Invasion und Okkupation der CSSR durch die sowjetischen Revisionisten und Sozialimperialisten ist die unerhörteste Bloßstellung ihrer Macht- und Aggressionspolitik. Sie ist ein Zeichen für den totalen Bankrott des modernen sowjetischen Revisionismus. Sie öffnet den Völkern

die Augen’ Zunächst sei die Okkupation von Moskau lediglich als vorübergehende Stationierung von Truppen bis zur Normalisierung der Lage und zum Schutze der sozialistischen Länder gegen das Treiben der Bundesrepublik bemäntelt worden. Doch auch nach der Entspannung mit Bonn und trotz der von Moskau selbst zugegebenen Normalisierung der Lage in der Tschechei sei es bei der Besetzung geblieben. Die Sozialimperialisten sprächen zwar dauernd vom “Respekt vor der Souveränität und Unabhängigkeit anderer Länder, betrieben aber trotzdem weiter “unerbittliche Repressionen gegenüber dem gerechten Kampf des tschechoslowakischen Volkes”. Der Kommentar schließt: “weitere Aktionen der sowjetischen Sozialimperialisten im Stile der bewaffneten Besetzung der Tschechoslowakei” nicht aus. Ist damit auf die Bedrohung Chinas angespielt ?

15) Kollektives Sicherheitssystem in Asien a la Moskau

Schon häufig war in CHINA aktuell vom Plan eines kollektiven Sicherheitssystems in Asien die Rede (vgl. z.B. C.a.1973/2 Ü-19). Dieser Plan ist in ein neues Stadium getreten, nachdem Tanaka im Juli Washington besucht und dabei über ein amerikanisch-russisch-japanisches “Öldreieck” verhandelt hat, und vor allem nachdem nunmehr feststeht, daß er im Oktober auch nach Moskau reist.

Den Sowjets ist es gelungen, ihre Sicherheitsvorstellungen in Europa auf dem Nenner des Status quo weitgehend durchzusetzen (Ostverträge mit Bonn, KSZE, Europäische Sicherheitskonferenz). Sie hatten dabei die westdeutschen Berlin-Interessen als Hebel benutzt.

Auch im Fernen Osten könnte ein solcher Hebelgriff angesetzt werden, um dort ebenfalls Sicherheitsvorstellungen nach dem Willen des Kreml durchzusetzen. Ansatzpunkt hierbei wären die japanischen Interessen einerseits an der Frage der Kurilen-Inseln, zum anderen die japanischen Bestrebungen, an der Ausbeutung der Rohstoffquellen in Sibirien teilzunehmen.

Bisher sind die sowjetischen Vorschläge zur Schaffung des kollektiven Sicherheitssystems zwar im Westen nicht ernst genommen und von Peking als “Einkreisungsmanöver” entschieden zurückgewiesen worden. Doch könnten massive amerikanisch-japanische Interessen am sibirischen Rohstoffmarkt auf die Dauer stärker sein als alle chinesischen Maßnahmen, einer solchen Dreieckskonstellation zuvorzukommen.

Sollten sich langfristig die sowjetischen Vorstellungen durchsetzen, so müßte es einerseits zu einer sino-sowjetischen Einigung über die Grenzen der Sowjetunion in Fernost kommen, zum anderen würden auch die Friedensvereinbarungen in Vietnam eine zusätzliche Absicherung erfahren, da an einem solchen Sicherheitssystem ja nicht nur Moskau beteiligt wäre, sondern auch Peking.

NORDAMERIKA

16) US-Einwanderer aus China

Seit 1966 sind etwa 120 000 Personen mit chinesischer Staatsangehörigkeit offiziell in die USA eingewandert.

Chinesen stehen damit an dritter Stelle hinter Mexikanern und Italienern. Die China-Towns in San Francisco und New York haben sich in derselben Zeit etwa verdoppelt. Die größte Anziehung übt New York aus, wo über 24 % aller Einwanderer hinreisen (San Francisco und Chicago nur 8 bzw. 4%). Da die amerikanischen Einwanderungsbestimmungen relativ streng sind (es wird entweder direkte Verwandtschaft oder aber eine Arbeitserlaubnis vom Department of Labour vorausgesetzt), betritt auch eine große Zahl von Chinesen illegal amerikanischen Boden. Viele von ihnen kommen als Seeleute aus Hong Kong. Von den 6 123 abzuschiebenden Chinesen beispielsweise, die 1972 identifiziert werden konnten, waren 4 692 aus dem großen Reservoir der Schiffsbesatzungen gekommen.

Die meisten wandern nicht direkt aus Hong Kong oder aus Taiwan ein, sondern sind Flüchtlinge, die via Hong Kong aus der VRCh ins Ausland gelangt sind (CSM 4.8.73). Immerhin haben die britischen Behörden in Hong Kong allein im Jahre 1972 nicht weniger als 5 800 Flüchtlinge in Hong Kong identifizieren können. (Zur Flüchtlingsfrage vgl. C.a.1973/7-Ü 17).

17) Bücherausleihe zwischen USA und China

Zwischen der Nationalbibliothek in Peking, die mit 7 Mio. Bänden eine der größten Büchereien der Welt ist, und der Bibliothek der State University of New York hat inzwischen der Austausch von Büchern in großem Stile begonnen, wie er von Präsident Nixon während seiner Februar-Reise von 1972 vereinbart worden ist. Die ersten Bücher aus China waren allerdings “meist Propaganda”, wie ein amerikanischer Bibliothekar versicherte (IHT 22.8.73).

LATEINAMERIKA

18) Unterzeichnung des Protokolls zum Vertrag über das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika

China hat am 21.8. das Zusatzprotokoll Nr.II zum Vertrag über das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika unterzeichnet und anlässlich dieser Zeremonie eine Erklärung abgegeben, bei der die chinesische Regierung einerseits erklärt, daß sie “gemäß dem Ersuchen der Vereinigten Staaten von Mexiko und anderer lateinamerikanischer Staaten sich verpflichte, niemals gegen ‘nichtatomare’ lateinamerikanische Länder oder gegen die atomwaffenfreie Zone in Lateinamerika Kernwaffen einzusetzen oder aber deren Einsatz anzudrohen; China wird in diesen Ländern oder in dieser Zone keine Kernwaffen erproben, herstellen, lagern, installieren oder stationieren und auch keine Träger mit Kernwaffen über das Territorium, die Territorialgewässer oder den Luftraum lateinamerikanischer Länder schicken”.

Andererseits wird in der Erklärung darauf hingewiesen, daß China an und für sich viel weitergehende Vorstellungen zum Problem der Abrüstungs- und Kernwaffenfrage habe. “Damit Lateinamerika wirklich zu einer atomwaffenfreien Zone werden kann, müssen nach Meinung der chinesischen Regierung alle atomwaffenbesitzenden Länder, vor allem die Supermächte, die große Mengen von Kernwaffen besitzen, sich verpflichten,

gegen die lateinamerikanischen Länder und die kernwaffenfreie Zone in Lateinamerika keine Kernwaffen einzusetzen oder deren Einsatz anzudrohen, und sie müßten aufgefordert werden, sich zu verpflichten, 1.) alle ausländischen Militärstützpunkte in Lateinamerika aufzulösen und dort keine neuen Stützpunkte einzurichten und 2.) das Passieren irgendwelcher Transport- und Trägermittel mit Kernwaffen durch lateinamerikanisches Territorium, Territorialgewässer oder aber den Luftraum zu verbieten" (NCNA 22.8.73).

Mit der chinesischen Unterschrift haben alle Atommächte - bis auf die Sowjetunion - das 1967 abgeschlossene Abkommen zum Atomwaffenverbot in Lateinamerika unterzeichnet.

19) Castro lehnt Pekings These von den "Zwei Imperialismen" ab

Bei seiner Grundsatzrede anlässlich des 20. Jahrestages des Angriffs auf die Moncada-Kaserne rechnete der cubanische Ministerpräsident Fidél Castro u.a. mit der chinesischen "These von den zwei Imperialismen" ab. U.a. führte er aus: "Wir verstehen nicht recht die seltsame These von den angeblichen zwei Formen des Imperialismus, die von gewissen Führern, welche sich selbst zur Dritten Welt zählen, vertreten wird. Sie versuchen, eine Parallele zwischen der UdSSR und den USA zu ziehen und dienen damit dem wahren Imperialismus Diese These, die per se schon reaktionär und ausschließlich die Frucht der Ideologie und Intrige bürgerlicher und imperialistischer Theoretiker ist, zielt darauf ab, auf internationaler Ebene Spaltung und Mißtrauen unter den revolutionären Kräften zu fördern und die Befreiungsbewegungen von den sozialistischen Ländern zu trennen. Die Beendigung des Kolonialismus und die Befreiung von Dutzenden von Völkern in allen Ländern wären vollkommen unmöglich gewesen ohne die Oktober-Revolution und ohne die unsterblichen Heldentaten des sowjetischen Volkes, das sich zunächst der imperialistischen Intervention und Blockade widersetzte und später die Aggression des Faschismus zurückschlug, unter dem Aufwand von 20 Millionen Toten. Das sowjetische Volk entwickelte seine Technologie und Wirtschaft mit einem unbeschreiblichen Aufwand an Schweiß und Opfern und ohne Ausbeutung der Arbeitskraft eines einzigen Arbeiters irgendwo in der Welt.

Man kann auch nicht für eine Sekunde vergessen, daß die Waffen, mit denen Cuba die Söldner in Giron niederschlug und sich gegen die USA verteidigte, jene Waffen, mit denen arabische Hände die imperialistische Aggression abwehren, welche die afrikanischen Patrioten gegen den portugiesischen Kolonialismus benutzen, und schließlich jene Waffen, mit denen die Vietnamesen ihren außerordentlichen, heroischen und siegreichen Kampf führten (Applaus), von den sozialistischen Ländern, vor allem aber von der UdSSR kamen" (Applaus) (MD Lateinamerika, 30.7.73, S.6 f.).

AFRIKA

20) Stellungnahme zu Wiriyamu

"Die kürzlich aufgedeckte ungeheuerliche Greuelthat, bei der die portugiesischen Kolonialtruppen 400 friedliche Einwoh-

ner im Dorfe Wiriyamu ermordeten, ist eine weitere Blutschuld Portugals am Volke Mozambiques". Doch seien die Afrikaner nicht länger bereit, sich mit dem Kolonialismus abzufinden. Afrika erwache: Das Volk Angolas habe nach elfjährigem Kampf ein Drittel des Landes mit einer Bevölkerungszahl von einer Million befreit. In Guinea (Bissau) hätten die patriotischen Streitkräfte im Laufe von neun Jahren mehr als zwei Drittel des Landes und die Hälfte der Bevölkerung freigeekämpft. Der bewaffnete Kampf in Mozambique, der vor neun Jahren mit 250 Partisanen aufgenommen wurde, habe sich inzwischen auf sechs von insgesamt neun Provinzen des Landes ausgebreitet. Die Nationale Befreiungsbewegung in Afrika werde bestimmt die Herrschaft der alten und neuen Kolonialisten zerschmettern (PRu 1973, Nr.30, S.19).

21) Journalistenbericht aus Angola

Mehreren Journalisten wurde am 17.8. Gelegenheit geboten, eines der drei Ausbildungslager der "Angolanischen Befreiungsarmee" in Zaire, Kinkuzu, zu besichtigen. Die Angolanische Befreiungsarmee (ALNA) ist der militärische Arm der Revolutionsregierung von Angola (GRA) mit Sitz in Kinshasa. In Kinkuzu werden, wie die Besucher erfahren konnten, jeweils 700 Soldaten ausgebildet, die sich durchweg aus Angolanern rekrutieren. Die militärischen Instruktoren sollen ebenfalls sämtlich aus Angola stammen. Auf die Grundausbildung in Kinkuzu und in zwei anderen Lagern, in Bbandundu und Shaba, sollen Guerilla-Kurse im Ausland folgen, namentlich in der VRCh, aber auch in Algerien und Tunesien. Alles in allem verfüge die Befreiungsarmee gegenwärtig über 30 000 ausgebildete Soldaten, die an drei Schauplätzen in Angola operierten. Vertreter der Revolutionsregierung gaben bekannt, daß das Gebiet in dem Dreieck zwischen Tomboco, Damba und Quitexe im Norden Angolas "völlig befreit" worden sei und daß von der Befreiungsbewegung bisher 200 Schulen, Zentren für medizinische Betreuung der Bevölkerung und landwirtschaftliche Genossenschaften eingerichtet worden seien (NZZ 21.8.73).

22) Anschlag auf die chinesische Botschaft in Lusaka

Am 18.8. explodierte eine Briefbombe in der chinesischen Botschaft in Lusaka, verwundete einen Mann schwer und eine Frau tödlich.

Auch Vertreter der afrikanischen Volksunion von Zimbabwe - der rhodesischen Befreiungsbewegung also -, die ihren Sitz in Sambia hat, wiesen darauf hin, daß eine Zeitbombe in ihrem Hauptquartier in Lusaka aufgefunden worden sei (IHT 20.8.73).

ASIEN

23) Indisch-pakistanische Einigung

Fast zwei Jahre nach dem Ende des indisch-pakistanischen Kriegs um Bangla Desh im Dezember 1971 ist es den Parteien nach langwierigen Verhandlungen endlich gelungen, eine Einigung über die Rückführung der Gefangenen und einer Minoritätengruppe zu erzielen. Erstens sollen 90 000 pakistanische Kriegsgefangene repatriert und zweitens 160 000 in Pakistan lebende Bengalen mit etwa 260 000 nicht-bengalischen Moslems

aus Bangla Desh, die nach Pakistan wollen, "ausgetauscht" werden. 195 pakistanische Kriegsgefangene bleiben freilich immer noch in indischer Haft, weil die Regierung von Bangla Desh sie wegen angeblicher früherer Kriegsverbrechen vor Gericht stellen will.

Von den ursprünglichen drei Fragenbereichen, die die Spannungen zwischen Indien und Pakistan zu perpetuieren schienen (Kriegsgefangenenfrage, Anerkennung Bangla Deshs und Kaschmir-Frage), steht jetzt nur noch das Kaschmir-Problem als Konfliktpotential zwischen Neu-Delhi und Islamabad. Diese Problematik freilich wird dafür sorgen, daß die Spannungen zwischen beiden Ländern fort dauern - und dies kann China, das dem sowjetfreundlichen Indien mit Mißtrauen gegenübersteht, nur recht sein (Näheres zur Problematik s. "Das Abkommen von Simla" C.a.72/7, S.26 f).

24) Indonesische Reiskrise und chinesische Hilfsdiplomatie

Nachdem es der Regierung Suharto gelungen war, von etwa 650 % Inflation i.J.1966 (vgl. C.a.1973/7, S.426) auf 2,5 % Ende 1971 herunterzukommen, brachten die letzten Monate des Jahres 1972 insofern einen Rückschlag, als der Lebenshaltungsindex um 25 % hochschnellte. Ausgelöst wurde diese Entwicklung durch eine Verknappung des Grundnahrungsmittels Reis, die auf eine mäßige Ernte i.J. 1972 zurückzuführen war.

Unter diesen Umständen blieb der Regierung nichts anderes übrig als ihren Handelsminister im Juni 1973 auf eine ausgedehnte "Einkaufsreise" durch Asien zu schicken. Ganz unerwartet war es ausgerechnet China, das hier großzügig reagierte und die Verpflichtung einging, 50 000 t Reis zu liefern, von dem ein Teil bereits über Hong Kong verschifft worden ist (NZZ 12.8.73).

Möglicherweise will China mit dieser "Reisdiplomatie" den langen Weg zur Normalisierung der Beziehungen etwas abkürzen. Immer noch freilich hält Indonesien seine drei Bedingungen aufrecht: Peking müsse erstens seine Hilfe für die Rest-KP in Indonesien einstellen; es müsse zweitens seine Presse- und Rundfunkangriffe auf Indonesien beenden und schließlich drittens davon abgehen, maßgebende Führer des Politbüros der PKI in Peking zu beherbergen (Näheres C.a.1972/9 Ü 22).

25) Antichinesische Ausschreitungen in Indonesien

Wie heiß das Problem der Auslandschinesen in Indonesien, das auch während der Jahre der chinesisch-indonesischen Freundschaft immer wieder zu politischen Schlechtwettererscheinungen Anlaß gegeben hat, noch heute ist, beweist ein Zwischenfall in Bandung am 5.8.1973. Hunderte von Indonesiern, die darüber empört waren, daß ein Indonesier von einem Chinesen geohrfeigt worden war, schlugen einen Chinesen tot und verletzten 23 andere schwer. Außerdem stürmte der Mob 914 Läden und setzte 192 Motorräder sowie 126 Autos in Brand. 32 weitere Chinesen wurden leicht verletzt.

Zu dem Zwischenfall war es gekommen, nachdem ein Chinese einen indonesischen jugendlichen Busfahrer, der angeblich sein Privatauto angefahren hatte, geohrfeigt hatte.

Gegenüber den antichinesischen Verfolgungen nach 1965 zeigte sich allerdings insofern ein Unterschied, als die indonesische Polizei diesmal ernsthaft durchgriff und nicht weniger als 120 Indonesier festnahm (IHT 6.8.73).

Schon 1963 waren in Bandung Tausende von chinesischen Läden zerstört worden, und zwar von Indonesiern, die darüber erbost waren, daß die Chinesen an den Universitäten angeblich bevorzugt behandelt würden.

Zu diesen antichinesischen Ausschreitungen in Bandung nahm Radio Peking folgendermaßen Stellung: "Der Vorfall gegen Auslandschinesen ist kein Zufall, sondern eine organisierte Aktion. Auch indonesische Beamte gaben zu, daß manche Leute diesen Vorfall ausgenutzt und manipuliert haben. Er ist nach einem gut vorbereiteten Arbeitsplan vor sich gegangen. Wie gemeldet, beteiligten sich auch Offiziere des Heeres und der Luftwaffe Indonesiens an diesem Vorfall (Radio Peking, deutsch, 25.8.73).

26) Taiwan droht Japan mit Luftlandeverbot

Ein Sprecher des Außenministeriums in Taipei gab bekannt, daß man japanische Flugzeuge "nicht mehr in der Republik China landen oder ihr Hoheitsgebiet überfliegen lassen" werde, falls Japan Pekings Bedingungen für ein Luftfahrtabkommen annehmen und dadurch das gegenwärtige Luftfahrtabkommen zwischen Taipei und Tokyo verletzen sollte. Jedes japanische Flugzeug werde hinfert als unidentifizierbares Flugobjekt betrachtet und wie ein solches behandelt werden, betonte der Sprecher.

Peking andererseits besteht auf der Kündigung der Landungsrechte der "China Airlines" in Japan. Japan ist damit in einer Zwickmühle, denn die Strecke Taiwan-Japan ist eine der gewinnbringendsten der Welt. Sie einer vorerst wirtschaftlich noch recht unbedeutenden Verbindung zwischen Peking und Tokyo zu opfern, würde einen hohen wirtschaftlichen Verlust für die "Japan Air-Lines" mit sich bringen. Bisher haben die CAL und die JAL ihren Flugbetrieb trotz des Abbruches der diplomatischen Beziehungen zwischen Taipei und Tokyo vom 29.9.72 weiter fortgesetzt.

27) Einstellung der Bombardierungen in Kambodscha

Die USA haben am 15.8.73 um 5 Uhr MEZ ihre Luftangriffe zur Entlastung der kambodschanischen Regierungstruppen eingestellt. Die Flugzeuge und ihre Besatzungen sollen jedoch nach Verlautbarung des Pentagon vorläufig noch in Südostasien, u.a. in Thailand, stationiert bleiben. Sie sollen z.B. im Falle eines Angriffs auf Thailand Unterstützung geben, das ja durch das Thanom-Rusk-Statement wie auch durch den SEATO-Vertrag berechtigt ist, amerikanische Hilfe anzufordern.

Am 14.8. gab das amerikanische Verteidigungsministerium die neuesten Zahlen über die Bombardierungen der US-Luftwaffe in Kambodscha bekannt, wobei sich die Angaben auf den Zeitraum zwischen dem 28.1. und dem 11.8.1973 beziehen. Nach den Statistiken wurden in Kambodscha während dieser Zeit 240 000 t Bomben abgeworfen. Die Kosten für diese amerikanischen Einsätze hätten sich auf 423 Mio. Dollar belaufen. Insgesamt wurden 27 626 taktische sowie 7 784 strategische Einsätze von der Luftwaffe geflogen. Seit dem Friedensabkommen über Vietnam verloren die USA in Kambodscha

und Laos 9 Flugzeuge. Von den Besatzungsmitgliedern erlitten 14 den Tod, 4 werden vermisst. Die angegebene Zahl von 240 000 t Bomben übersteigt die während des Zweiten Weltkrieges über Japan abgeworfene Bombenlast um etwa 50 % (NZZ 17.8.73).

Prinz Sihanouk hat am 21.8. bei einer Pressekonferenz Angaben Präsident Nixons zurückgewiesen, wonach er von den geheimen US-Bombenangriffen auf Kambodscha in den Jahren 1969/70 unterrichtet gewesen sei. Er räumte jedoch ein, daß Mitglieder seiner damaligen Regierung, die ihn 1970 gestürzt hätten, ihre Einwilligung zu den Bombardierungen gegeben hätten (IHT 22.8.73)

Die Kambodschanische Befreiungsarmee hat unterdessen überraschenderweise ihren Griff um Phnom Penh gelockert, um sich in sicheren Verteidigungsstellungen neu zu formieren. Ihr Angriff werde, wie Sihanouk bekanntgab, erst etwa im Dezember erfolgen. Die nordvietnamesische Parteizeitung "Nhan Dan" bezeichnete indessen die amerikanische Bombenpolitik als "vollkommen bankrott".

Die Königliche Regierung von Kambodscha weist darauf hin, daß mit der Bombeneinstellung die amerikanische Intervention noch lange nicht beendet sei. Am 15.8.73 gab sie in Peking folgende Erklärung ab: Der Bombenstop beendige nicht etwa die Aggression der Nixon-Administration in Kambodscha, sondern leite nur einen qualitativ neuen Abschnitt ein: "Die Nixon-Regierung bereitet aktiv neue Interventionen durch Bangkok, Saigon und andere Marionetten-Truppen vor und verfolgt aktiv ihre üblichen politischen und diplomatischen Manöver mit dem Ziel, die Nationale Einheitsfront Kambodschas zu spalten, sie in der internationalen Arena zu isolieren und sie mit verschiedenen Mitteln zu 'Verhandlungen' und 'Kompromissen' zu überreden oder aber eine 'nationale Eintracht' mit den Verrätern in Phnom Penh in die Wege zu leiten und damit zu einer 'Pax Americana' zu kommen". Die Königliche Regierung werde sich jedoch auf keine Kompromisse einlassen und ihren Kampf solange fortsetzen, bis die von Sihanouk am 23.3.73 definierten Ziele erreicht seien, nämlich

- bedingungslose Einstellung aller Aggressionsakte durch die amerikanischen Imperialisten und ihre ausländischen Diener sowie totaler Abzug ihrer Streitkräfte und ihres Militärpersonals aus Kambodscha,
- Sturz des "faschistischen Regimes in Phnom Penh und Beseitigung der dortigen Verräterbande";
- Übernahme der Leitung der Angelegenheiten des ganzen Landes durch die Nationale Einheitsfront Kambodschas unter der Führung Samdech Norodom Sihanouks, des Staatsoberhauptes, und durch die Königliche Regierung der Nationalen Einheitsfront Kambodschas mit Samdech Penn Nouth als Ministerpräsidenten und Khieu Samphan als Stellvertreterdem Ministerpräsidenten zwecks Aufbaus eines unabhängigen, souveränen, friedlichen, neutralen, demokratischen und prosperierenden Kambodscha in seiner territorialen Integrität" (NCNA 15.8.73).

Aus dieser Erklärung geht deutlich hervor, daß die ab und zu immer wieder auftauchende Ankündigung Sihanouks, er werde sich aus der Politik zurückziehen, sobald die Lage in Kambodscha zugunsten der revolutionären Streitkräfte konsolidiert sei, Zweckpropaganda ist, die - soweit sie an die kam-

bodschanische Bevölkerung selbst gerichtet ist - erhebliche Emotionen auslösen kann; denn wie könnte der Kommunist Khieu Samphan sich an nationaler Integrationskraft mit Norodom Sihanouk messen? Was die Person des Prinzen angeht, so ist noch ein weiterer Punkt zu bedenken: Außenpolitik für Kambodscha ist stets Überlebenspolitik. Der wichtigste Garant für ein - vor allem gegenüber Ambitionen Hanois - unabhängiges Kambodscha aber ist China. Nun ist es kein Geheimnis, daß nicht etwa Khieur Samphan, sondern Sihanouk der Mann Pekings ist. Wird also Sihanouk je entbehrlich sein?

Die Lage hat sich um Phnom Penh in der Zwischenzeit insofern kompliziert, als es zu Schießereien zwischen nordvietnamesischen Truppen und "Roten Khmer" gekommen sein soll.

28) Sihanouk gegen indonesische Vermittlerrolle in Kambodscha

Prinz Norodom Sihanouk hat eine Vermittlerrolle Indonesiens in der Kambodscha-Frage entschieden zurückgewiesen und erklärt, dieses Problem werde einzig und allein durch das kambodschanische Volk ohne irgendwelche Einmischung fremder Mächte gelöst werden. Eine Zusammenkunft mit dem amerikanischen Präsidentenberater Kissinger lehnte Sihanouk abermals ab (vgl. dazu C.a.1973/7, Ü-18) und wies darauf hin, daß ein Kompromiß solange nicht geschlossen werde, bis sich die USA und ihre Marionetten endgültig aus Kambodscha zurückgezogen hätten. Zur Äußerung des indonesischen Außenministers Malik, nach der Machtübernahme Sihanouks in Phnom Penh werde sich möglicherweise ein Gegenregime etablieren, erklärte der Prinz, in der Königlichen Regierung der Nationalen Union von Kambodscha könne es keine Rivalen geben, da ihr u.a. auch alle Führer des Roten Khmer angehörten (Text der Erklärung in MD Asien 7.8.73, S.1 f.).

29) Abkühlung des nordkoreanisch-sowjetischen Verhältnisses ?

Nachdem bekannt wurde, daß Moskau zum erstenmal in der Geschichte der Internationalen Studentenwettkämpfe (Universiade) in Moskau eine südkoreanische Mannschaft mit eigener Flagge teilnehmen ließ, hat Nordkorea trotz umfangreicher Vorbereitungen auf die Teilnahme verzichtet. Am 14.8. machte der nordkoreanische Studentische Sportverband lt. KCNA (14.8.73) diese Entscheidung mit folgender Begründung bekannt: "Wenn die studentische Sportmannschaft der DVR Korea zusammen mit dem südkoreanischen Team an den Internationalen Universitätswettkämpfen in Moskau teilnahme, so liefe das darauf hinaus, den südkoreanischen Behörden bei ihren finsternen politischen Intrigen zu helfen, die Spiele für ihre Verschwörung zur Schaffung zweier Koreas zu nutzen und Meinungsverschiedenheiten unter den sozialistischen Staaten zu säen". Weiterhin könne die Teilnahme zweier koreanischer Mannschaften an der Universiade den Eindruck erwecken, als würden die sozialistischen Staaten Südkorea anerkennen (MD Asien, 22.8.73, S.2).

Die Hoffnung Pekings auf eine immer engere Zusammenarbeit mit Pyongyang unter dem Zeichen gemeinsamen Widerstandes gegen eine mögliche Kooperation zwischen Moskau und Seoul ist mit dieser "Ausladungs"-Politik ein weiteres Mal genährt worden (Näheres zu diesem Thema auch C.a. 73/7, S.473 ff.).